

BULLETIN

NUMMER 2 | JUNI 2026



- * 4 Junge Alternative – Lügen im Abstimmungskampf *
- * 6 Kantonsrat – Wir wollen uns lebend! *
- * 10 Abstimmung – Neutral und nicht egal *
- * 16 Verkehr – Faire Flugpreise *
- * 20 Wahlen – Zug kann mehr *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Wer schützt uns?

4 Junge Alternative

Lügen im Abstimmungskampf

5 Junge Alternative

Radikale Jugend und ALG

6 Kantonsrat

Wir wollen uns lebend!

7 Kantonsrat

Frau Meier braucht ...

8 Kantonsrat

Im Herti lief es schief

9 Initiative

Bewährtes Vorkaufsrecht

10 Abstimmung

Neutral und nicht egal

11 Nationalrat

Wiedergeburt der AKWs

12 Kriegsmaterial

Eine nützliche Kontrolle

13 Kriegsmaterial

Gehirn des Krieges

14 Verkehr

Der PARK(ing) Day grünt

16 Verkehr

Faire Flugpreise

18 Initiative

Verweigert!

19 Grünspecht

Grün kann gewinnen

20 Wahlen

Zug kann mehr

22 Flüchtlingstag

Es sind Menschen

24 Plastik

Aus Ohnmacht wird Kunst

25 Gestreift

26 Service

Kino

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Cham

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grüne Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäusserung.

Redaktion und Herausgeberverein

«Das BULLETIN»

Titelbild

Das Umschlagbild wurde uns von der Baarerin Künstlerin Silvia Feusi Bopp zur Verfügung gestellt. Mehr Information auf der Seite 24.

Wer schützt uns?

Lea Schlumpf, Politische Sekretärin Alternative - die Grünen

Während den Gemeinderatswahlen in Steinhausen im Herbst 2025 erlebte ich, was es bedeuten kann, als Frau, und dann auch noch als junge und linke Frau, in der Öffentlichkeit zu stehen. Mich erreichten eine Handvoll sexualisierte Facebook-Direktnachrichten, teils mit Klarnamen oder Kindern im Arm auf dem Profilbild. Allesamt verfasst von Männern über 40.

Das ist kein Einzelfall. Es ist für viele Frauen in der Politik Realität. Zeitgleich zum Eintreffen dieser Nachrichten erschien eine Studie der Universität Basel, die diese Erfahrung in Zahlen fasst: Junge, linke Frauen bilden die Hochrisikogruppe für sexualisierte Gewalt im Internet. Die Folgen davon sind höchst besorgniserregend: Junge Betroffene geben an, dass sie sexistische Anfeindungen auf Online-Plattformen entmutigen, sich politisch zu engagieren. Ebenfalls berichten sie, dass sie Beiträge länger abwägen, politische Äusserungen vermeiden oder Social Media ganz den Rücken kehren. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass viele auf Social Media verstummen werden.

In der Zeit der Gemeinderatswahlen hatte ich aber das stetige Gefühl, dass etwas «noch Schlimmeres» kommen könnte. Die Liste der erlebten sexualisierten Gewalt im Internet meiner politisch exponierten Freundinnen ist lange. Die Liste der Handlungsmöglichkeiten, gegen diese Übergriffe vorzugehen, kurz.

Strafrechtliche Anzeigen versiegen im Sand. Täter bleiben anonym oder werden nicht verfolgt. Die Tech-Konzerne, die mit unserer Konsumbereitschaft Milliarden verdienen, moderieren

nach eigenem Ermessen, was oft mit «gar nicht» gleichzusetzen ist. Oftmals fehlen auch schlichtweg gesetzliche Grundlagen, um sexualisierte Gewalt im Internet zur Anzeige bringen zu können.

«Neue Technologien geben Tätern ein zusätzliches Mittel in die Hand, um Frauen gezielt zu erniedrigen. Die Politik darf den Kampf nicht den Betroffenen überlassen, sonst stützt sie das patriarchale System der Gewalt», lässt sich Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen Schweiz, anlässlich der Einreichung der 25 000 Unterschriften gegen sexualisierte Gewalt im Internet zitieren.

Während der Frühlingsession reichten die GRÜNEN Schweiz, die überparteiliche «Internet-Initiative» und WeCollect dem Justizdepartement Unterschriften von über 25 000 Menschen, die endlich griffige Massnahmen gegen sexualisierte Gewalt im Internet fordern, ein. Bundesrat und Parlament müssen endlich handeln, um Deepfake-Anwendungen und Nudify-Apps zu verbieten, eine wirksame Plattformregulierung zu schaffen und mehr Mittel für den Kampf gegen sexualisierte Gewalt bereitzustellen.

Besonders hilfreich werden von Teilnehmenden der bereits erwähnten Studie der Universität Basel rechtliche Beratungsstellen und gemeinsamer Austausch unter Betroffenen empfunden. Ebenfalls hat man herausgefun-



den, dass Gegensprechen zu sexualisierten Kommentaren unter Social Media Posts helfen. Das heisst, wir alle haben eine Chance, im eigenen Umfeld Betroffene aktiv zu unterstützen.

Abschliessend lässt sich feststellen, dass Internetgewalt keine Nebenwirkung der Digitalisierung ist, sondern politische Einschüchterung. Wir werden patriarchale Strukturen nicht ausschliesslich durch neue Gesetzesgrundlagen aufheben können, wir müssen aber alles daransetzen, was uns ein Stück näher an die Gerechtigkeit bringt.

Der Hass im Internet schweigt nicht, also dürfen wir es auch nicht. ■

Lügen im Abstimmungskampf

Mira Herold, Co-Präsidentin Junge Alternative

4 Im Auftakt zur Abstimmung der 10-Millionen-Schweiz nutzte die SVP wieder einmal ihr bewährtestes Kampagnenelement: das freie Erfinden von Fakten. Müssen wir es wirklich hinnehmen, dass unsere stärkste Partei Viertelwahrheiten auf Plakate schreiben und Argumentarien mit lächerlichen Quellenangaben veröffentlichen darf?

Schon viele Wochen vor der Abstimmung am 14. Juni 2026 liess die SVP am Hauptbahnhof Zürich Plakate aufschalten. Auffällig rot auf schwarz verhiessen sie, Fakt sei: Nur eine von zehn Zuwanderern sei eine gesuchte Fachkraft, neun von zehn Wohnungen würden für Zuwanderer gebaut und Asylanten vergewaltigten elfmal häufiger als Schweizer.

auf der Website der SVP Zürich noch auf der Seite der Nachhaltigkeitsinitiative werden die Aussagen repetiert. Der offizielle Flyer wiederholt die Statistik über Vergewaltigungen – doch diesmal ist die Ziffer unerklärlicherweise 7.8 statt 11. Eine Aussage über Fachkräfte wird im Argumentarium tatsächlich mit einer Fussnote gewürdigt. Diese führt jedoch zu



Keine dieser Aussagen lässt sich verifizieren.

Quellenangaben nicht erwünscht

Diese Aussagen kann und soll man auf haufenweise Arten kritisieren. Allen voran sind sie völlig menschenfeindlich und rassistisch. Danach sind sie bewusst unstimmg (geht es jetzt um Zuwanderer oder Asylanten?), heuchlerisch (seit wann ist der SVP Gewalt an Frauen wichtig?) und im besten Fall ein wenig amüsant (ich glaube, Zuwanderer bauen eher Wohnungen für uns, liebe SVP).

Was mich persönlich aber am meisten nervt, ist, wie unauffindbar jegliche Quelle für diese «Fakten» ist. Weder

einer satirischen, rechtsbürgerlichen Zeitschrift, zu einem Artikel, welcher nicht öffentlich verfügbar ist.

Man muss keine wissenschaftliche Arbeit geschrieben haben, um zu erkennen, dass diese Art der Argumentation zu nichts taugt. Fakten dürfen nicht einfach aus dem Himmel fallen und Quellenangaben müssen zu mehr als zur Dekoration da sein.

Bewusste Strategie

Die gleichen Mittel werden übrigens auch im Kanton Zug eingesetzt. Ich erinnere mich an ein Plakat, das 2024

am Bahnhof Zug hing und warnte, das neue Energiegesetz würde Benzinautos verbieten. Natürlich stand in Wirklichkeit gar nichts zu Autos im Abstimmungstext. Für die SVP aber ist das kein Problem: Bei einer Klage hätte sie wohl gesagt, das Plakat warne nur vor den potenziellen Konsequenzen einer Annahme.

Verstehen alle Passant*innen diese Nuance des Plakats? Vermutlich nicht. Doch genau das ist die Intention dahinter. Solche nachlässigen Argumentationen passieren nicht aus Versehen und beabsichtigen nicht einen ehrlichen Abstimmungskampf. Ihr Zweck ist nur zu manipulieren und in die Irre zu führen. So funktioniert die altbekannte Strategie der populistischen Politik: Mache den Leuten Angst und lüge sie an, denn es ist zehnmal schwieriger, einen Fakt zu widerlegen als ihn zu erfinden.

Und diese Strategie ist eben leider besonders potent, wenn man bereits zur Wählerschaft der SVP gehört, zum Beispiel schon gewisse Abneigungen gegen Zuwander*innen hegt. Dann ist es wesentlich einfacher, der Partei zu glauben, als selbst (und vergeblich) nach den Vergewaltigungsstatistiken des Bundes zu suchen.

Muss das so sein?

Ein vollständiges Verbot dieses Phänomens ist vermutlich nicht möglich. Schliesslich ist es nicht immer einfach, eine klare Linie zwischen wahren und falschen Argumenten zu ziehen, und ein solcher Versuch könnte zu schwerwiegenden Einschränkungen der freien Meinungsäusserung führen. Trotzdem müssten kleine Anpassungen des Gesetzes doch möglich sein – beispielsweise, dass Statistiken im Abstimmungsmaterial mit Quellenangaben begründet werden müssten. Das würde die Argumentation aller Parteien – links und rechts – verbessern und so unseren Diskurs, unsere Meinungsbildung und unsere Demokratie stärken. ■

Radikale Jugend und ALG

Simeo Betschart, Junge Alternative Kanton Zug

Wie wurde aus der Generation Frieden eine Generation Trauma? Und was hat das mit einer antikapitalistischen Weltanschauung zu tun? In der vorherigen Nummer ging der Autor auf die sozioökonomischen Umstände ein und schlussfolgerte, dass sich die Jugend wieder die historische Frage stellt: «Barbarei oder Sozialismus?»

Doch was heisst Sozialismus oder Barbarei eigentlich? Hier stark verkürzt – für eine ausführlichere Version verweise ich auf den Text «Die Sozialdemokratie in der Krise» von Rosa Luxemburg. Vereinfacht besagt

und bleibt bestehen. Oder die zweite Option Sozialismus: Das heisst, lohnabhängige Menschen schliessen sich zusammen und verstehen, dass der Kapitalismus Krisen aus ökonomischen Zwängen erzeugen muss. Als Schlussfolgerung nehmen sie die Produktionsmittel in die eigene Hand. So können Produktionsstätten entstehen, die für alle produzieren und nicht nur für die, die es sich leisten können. Sie arbeiten bedürfnis- statt profitorientiert und schaffen somit die systemischen Widersprüche, die im Kapitalismus zu Krisen führen, wie zum Beispiel globale Konkurrenz, ab.

Klassenkampf in der ALG

Aus Studien können wir schlussfolgern, dass die Jugend sich antisystemisch radikalisiert und sich diese entscheidende Frage nach Barbarei oder Sozialismus stellt. Was muss dann die Aufgabe der parlamentarischen Linken sein, wenn wir als Linke nicht irrelevant werden wollen? Die linke Gen Z braucht verlässliche Partner*innen. Sie braucht

Parteien, auf die sie setzen kann, die ihr nicht in den Rücken fallen, die in ihrer Agitation klar sind, die nicht nur Kulturkampfpolitik machen, sondern ein klassenbewusstes, klassenkämpferisches Auftreten pflegen. Eine Partei, die sich ernsthaft bemüht, für sich selbst die antikapitalistische Frage zu beantworten, und dementsprechend handelt. Nun: Ist die Alternative – die Grünen Zug diese Partei? Nein. War

sie einmal diese Partei? In gewissen Fällen. Müssen wir dorthin zurück? Nein. Es geht nicht um ein Zurück zu alten Werten. Es geht darum, aus der Verbürgerlichungsspirale des Parlamentarismus auszubrechen und Entscheidungen zu treffen. Ich bin überzeugt, dass die ALG die einzige relevante Partei in Zug ist, die das kann, weil ich an die Menschen in der Partei glaube, weil ich das linke Feuer in der Partei spüre. Deshalb bin ich bei der JAZ und der ALG. Weil wir können. Weil wir wollen. Und weil wir werden. ■

5



ihre ökonomisch aufgeschlüsselte Theorie, dass der Kapitalismus Krisen erzeugt: Kriege, Wirtschaftskrisen etc. Wenn sich diese Krisen verdichten, gibt es zwei Wege. Der eine ist die Barbarei. Damit ist nicht moralisch Barbarei gemeint, sondern die Autoritarisierung der Nationen, aufsteigender Nationalismus und Sündenbocksuche, wie zum Beispiel im Ersten oder Zweiten Weltkrieg. Somit rettet sich der Kapitalismus

Wir wollen uns lebend!

Julia Küng, Kantonsrätin Alternative – die Grünen Zug

6 Im Zuger Kantonsrat engagiere ich mich gegen Gewalt an Frauen, gegen Femizide: für ein Mädchenschutzhaus, den Einsatz von Forensic Nurses und eine Femizidstatistik. Die Sensibilität steigt, doch es fehlt eine breite Anerkennung der patriarchalen Geschlechterordnung als Nährboden der Gewalt. Echte Gleichstellung bleibt das nachhaltigste Mittel zur Prävention von Femiziden.

Feminismus ist ein Kampf um Leben und Tod. In diesem Jahr wurden in der Schweiz laut dem Rechercheprojekt «Stop Femizid» bereits zwölf Frauen

dass es heute in der Schweiz 18 Frauenhäuser gibt, eines davon im Kanton Zug. Auch fünfzig Jahre später bleiben diese Institutionen dringend notwendig. Die Frauenhäuser stossen regelmässig an ihre Kapazitätsgrenzen. In der Zentralschweiz fehlt insbesondere ein Mädchenhaus, welches zielgruppengerechte Strukturen für gewaltbetroffene Minderjährige und junge Frauen anbietet. Das einzige Mädchenhaus in der Schweiz liegt im Kanton Zürich und ist überlastet. In einem noch hängigen Postulat fordere ich deshalb den finanzstarken Kanton Zug auf, gemeinsam mit Nachbarkantonen ein solches Angebot aufzubauen.

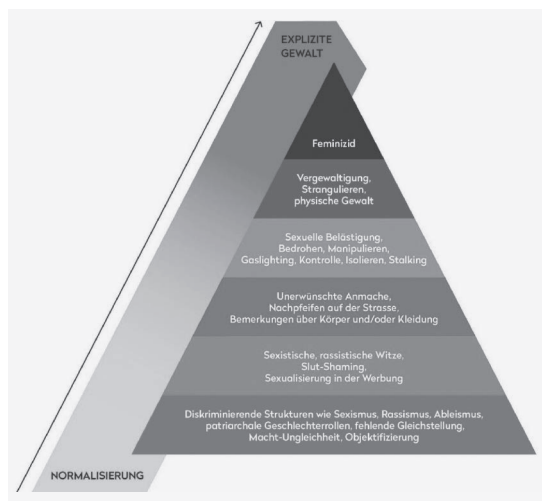
Forensic Nurses

Gemeinsam mit Personen aus verschiedenen Fraktionen engagierten wir uns in den letzten Monaten zudem für den Einsatz von Forensic Nurses nach dem Zürcher Vorbild. Forensic Nurses sind speziell ausgebildete Fachkräfte, die Betroffene von Vergewaltigung, sexueller Nötigung oder häuslicher Gewalt beraten und auf Wunsch Spuren der Tat dokumentieren. Die Beweismittel – wie Abstriche und Fotos von blauen Flecken – werden 15 Jahre lang aufbewahrt. So können sich Betroffene auch nach dem traumatischen Schock einer Gewalttat noch für eine Strafanzeige entscheiden. Heute melden sich acht von zehn Frauen in der Schweiz nicht bei der Polizei, nachdem sie vergewaltigt wurden oder eine andere Form sexualisierter Gewalt erfahren haben. Dass ist wenig erstaunlich, denn heute sehen nur vier von 100 Frauen, die in der Schweiz eine Anzeige erstatten, ihren Vergewaltiger verurteilt. Es ist zu hoffen, dass die Forensic Nurses, deren

Einsatz der Regierungsrat in Aussicht gestellt hat, hier eine Verbesserung bringen.

Fehlende Gleichstellung als Nährboden der Gewalt

Um Gewalt zu verhindern, müssen wir verstehen, wo sie beginnt. Femizide sind die extremste Form der Gewalt gegen Frauen. Die Gewaltpyramide (siehe Darstellung) zeigt auf, dass fehlende Gleichstellung der Nährboden für geschlechtsspezifische Gewalt ist. Sie macht deutlich, dass unser Einsatz für Schutzunterkünfte und Forensic Nurses mit dem Kampf für Gleichstellung auf allen Ebenen einhergehen muss. Der Kanton Zug ist einer der wenigen Kantone, die kein Gleichstellungsbüro haben. Eine zuständige Stelle wäre dringend notwendig, um



Die Gewaltpyramide (Quelle: FRIEDA Die feministische Friedensorganisation).

aufgrund ihres Geschlechts getötet. Im Jahr 2025 waren es 24. Offizielle Statistiken führt der Bund nicht, obwohl er seit der Unterzeichnung der Istanbul-Konvention 2017 dazu verpflichtet wäre. Auch der Regierungsrat schrieb in einer Antwort zu einer ALG-Interpellation, dass er die Femizide im Kanton Zug nicht erheben möchte. Dabei würde eine offizielle Statistik bedeuten, dass wir hinschauen und anerkennen, dass Femizide keine Einzelfälle oder «Beziehungsdramen» sind, sondern Ausdruck struktureller patriarchaler Gewalt.

Frauenhäuser

Schutzunterkünfte sind keine Selbstverständlichkeit. Wir haben es dem Kampf der autonomen Feministinnen in den 1970er-Jahren zu verdanken,



Wir wollen uns lebend!



Julia Küng bei der Rede an einem früheren Frauenstreik. (Quelle: Stefan Kaiser)

Prävention in Schulen und im öffentlichen Raum sowie Gleichstellung in Wirtschaft, Politik und Care-Arbeit zu erreichen. Dagegen sträubt sich jedoch der mehrheitlich bürgerliche und zu dreiviertel männliche Zuger Kantonsrat. ■

Frau Meier braucht ...

Martin Affentranger, Kantonsrat Alternative – die Grünen Hünenberg

Nach einem Spitalaufenthalt ist der Alltag zu Hause für viele ältere Menschen die eigentliche Herausforderung. Trotz medizinischem Erfolg droht oft ein Eintritt ins Altersheim. Angesichts des demografischen Wandels braucht es Alternativen. Es gilt, Rahmenbedingungen für ein funktionierendes Versorgungsnetzwerk zu schaffen.

Frau Meier hat Glück gehabt. Nach einem Sturz konnte sie erfolgreich operiert werden. Nach einigen Tagen darf sie das Spital verlassen. Eigentlich ist die Geschichte damit zu Ende. So denken wir zumindest oft über unser Gesundheitswesen. Die Krankheit wurde behandelt, das Problem ist gelöst.

Für Frau Meier beginnt die eigentliche Herausforderung jedoch erst jetzt. Kann sie wieder alleine zuhause leben? Wer hilft ihr beim Einkaufen? Wer begleitet sie zur Physiotherapie? Wer merkt, wenn sich ihr Gesundheitszustand verschlechtert? Wer unterstützt sie bei den Medikamenten? Und wer kümmert sich darum, wenn plötzlich etwas nicht mehr funktioniert? Diese Fragen entscheiden häufig stärker über die Lebensqualität eines Menschen als die medizinische Behandlung selbst.

Oft fehlt das Netzwerk

In solchen Situationen wird rasch über einen Eintritt ins Altersheim gesprochen. Nicht weil die betroffene Person dies unbedingt möchte. Nicht weil eine stationäre Betreuung medizinisch zwingend notwendig wäre. Sondern weil kurzfristig keine andere Lösung verfügbar ist.

Dabei zeigt sich zunehmend, dass ein Heimeintritt nicht immer das Ende der Selbständigkeit bedeuten muss. Immer häufiger gelingt es, Menschen nach einer Übergangsphase wieder in ihre gewohnte Umgebung zurückzubringen. Diese Entwicklung macht Mut.

Mit der Alterung unserer Gesellschaft wird diese Frage zu einer der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Wir werden weder genügend Pflegeheimplätze

schaffen noch genügend Fachpersonen finden, um jede Versorgungslücke durch zusätzliche stationäre Angebote zu schliessen. Wenn wir auch in Zukunft eine gute Gesundheitsversorgung gewährleisten wol-



len, führt deshalb kein Weg an einem Grundsatz vorbei: ambulant vor stationär.

Gesundheitsberufe in neuen Rollen

Die Apotheke ist längst nicht mehr nur ein Ort, an dem Medikamente abgegeben werden. Apotheker*innen begleiten Therapien, prüfen Verordnungen, erkennen Wechselwirkungen und bemerken oft früh, wenn eine Behandlung im Alltag nicht funktioniert. Pflegefachpersonen erleben unmittelbar, wie Menschen zuhause leben und welche Unterstützung tatsächlich benötigt wird. Hausärzt*innen koordinieren Behandlungen und begleiten ihre Patient*innen oft über viele Jahre. Gleichzeitig verfügen Angehörige und Nachbarn über Wissen, das in keiner

Krankengeschichte festgehalten ist. Gerade deshalb braucht es keine einzelnen Gatekeeper, sondern funktionierende Netzwerke. Jeder sieht einen anderen Ausschnitt der Realität. Erst zusammen entsteht das Gesamtbild. Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe der Politik. Sie muss nicht jede Leistung selbst organisieren. Sie muss aber die Voraussetzungen schaffen, damit Zusammenarbeit möglich wird. Dazu gehören lokale Versorgungsnetzwerke, gemeinsame

Kommunikationswege, interprofessionelle Aus- und Weiterbildungen sowie Rahmenbedingungen, welche Koordination fördern statt behindern. Gesundheit entsteht nicht im Spital allein. Sie entsteht dort, wo Menschen in ihrem Alltag die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, welche Institution zuständig ist. Die entscheidende Frage lautet: Was braucht Frau Meier, damit sie morgen und übermorgen noch dort leben kann, wo sie leben möchte?

Wenn wir darauf gute Antworten finden, stärken wir nicht nur unser Gesundheitswesen. Wir stärken auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und genau das wird in einer alternden Gesellschaft immer wichtiger werden. ■

Im Herti lief es schief

Luzian Franzini, Präsident ALG und Kantonsrat Zug

8 Im Kanton Zug spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt seit Jahren kontinuierlich zu. Für viele Mieter*innen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden oder zu behalten. Ein kürzlicher Vorfall im Hertiquartier hat diese Problematik einmal mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt: Die geplante Massenkündigung von 68 Mietparteien durch die kantonale Pensionskasse, die nur durch engagiertes Eingreifen verhindert werden konnte, verdeutlicht die bestehenden Spannungen.

Es offenbart sich hier ein fundamentaler Widerspruch. Eine öffentlich-rechtliche Anstalt wie die Zuger Pensionskasse, die im Interesse ihrer Versicherten – und damit auch von Zuger Staatsangestellten – handeln sollte, trägt durch solche Pläne aktiv zur Verschärfung der Wohnungsnot bei. Wenn der Staat wie ein profit-

Macht. Ein Regierungsrat in einem solchen Gremium ist kein Statist, sondern ein Gestalter mit politischer Verantwortung. Es stellt sich die dringliche Frage, weshalb die Regierung nicht frühzeitig interveniert hat, um dieses unsoziale Vorgehen auf Kosten der Bevölkerung zu verhindern.



orientierter Investor agiert und die soziale Verantwortung ausblendet, hat das System versagt. Besonders stossend ist dabei die Rolle des Regierungsrats. Dieser zieht sich mit der Ausrede aus der Affäre, die Pensionskasse sei kommerziell tätig und ihm nicht direkt unterstellt. Doch Finanzdirektor Heinz Tännler sitzt als Vizepräsident der Pensionskasse und Präsident von deren Anlagekommission direkt an den Hebeln der

Leerkündigungen verhindert

In diesem Fall konnte die Korporation Zug die Leerkündigungen verhindern. Das Haus wird nun im bewohnten Zustand saniert werden. Doch in vielen Fällen sind die Betroffenen machtlos und können sich kaum gegen Leerkündigungen wehren. Es braucht dringend wirksame Instrumente. Ein entscheidender Schritt wäre die Einführung einer kantonalen Bewilligungspflicht

für Sanierungen. Diese Massnahme würde verhindern, dass umfassende Umbauten als Vorwand für unangemessene Mietzinserhöhungen genutzt werden. Kern einer solchen Regelung wäre die Garantie eines Rückkehrrechts für die bisherigen Mietenden zu tragbaren Konditionen. So wird sichergestellt, dass insbesondere langjährige und ältere Wohnparteien nicht durch Modernisierungen verdrängt werden. Die Kontrolle könnte durch eine unabhängige, paritätische Wohnschutzkommission erfolgen, wie sie im Kanton Basel-Stadt bereits erfolgreich existiert.

Flankierend dazu wären eine Meldepflicht für Leerkündigungen sowie eine kantonale Unterstützungsstelle wichtige Bausteine. Die Meldepflicht schafft Transparenz und wirkt präventiv, während eine professionelle Anlaufstelle die Position der Meterschaft stärkt, die oft allein finanzstarken Verwaltungen gegenübersteht. Beides habe ich gemeinsam mit der ALG-Fraktion im Kantonsrat als Motion eingereicht, und beides wurde von der rechtsbürgerlichen Mehrheit nicht einmal zur Prüfung an den Regierungsrat überwiesen. Es braucht jetzt eine Kehrtwende hin zu einer aktiven, sozialen Wohnraumpolitik, um den Schutz der Bevölkerung vor Verdrängung endlich zu gewährleisten.

Eine kantonale Bewilligungspflicht für Sanierungen würde verhindern, dass Umbauten als Vorwand für Mietzinserhöhungen genutzt werden. Kern der Regelung wäre ein Rückkehrrecht für bisherige Mietende zu tragbaren Konditionen. ■

Bewährtes Vorkaufsrecht

Andreas Iten, Kantonsrat Alternative - die Grünen, Oberägeri

Der Kanton Zug steht wirtschaftlich an der Spitze der Schweiz: Platz eins, die Goldmedaille. Doch bekanntlich hat jede Medaille eine Kehrseite. Die Mieten steigen seit Jahren kontinuierlich, Bauland wird immer knapper und für viele Menschen wird es zunehmend schwierig, im eigenen Kanton wohnen zu können.

Von dieser Entwicklung sind besonders Familien, junge Erwachsene und Personen mit mittleren Einkommen betroffen. Immer mehr Zugerinnen und Zuger sehen sich gezwungen wegzuziehen, obwohl ihr Leben, ihre Freunde und Familie hier verankert sind. Genau an diesem Punkt setzt die «Vorkaufsrechts-Initiative» an.

Die Initiative verfolgt das Ziel, den Zuger Gemeinden ein Vorkaufsrecht auf Grundstücke zu ermöglichen. Das bedeutet, dass eine Gemeinde beim Verkauf eines Grundstücks die Möglichkeit erhält, dieses zum bereits ausgehandelten Preis zu übernehmen, bevor es an einen privaten Investor oder einen Immobilienfonds geht. Dabei bleibt die Eigentums-garantie gewahrt. Verkäufe innerhalb der Familie oder der Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum sind ausdrücklich ausgenommen. Auch am Preis ändert sich nichts, da die Gemeinde zu denselben Bedingungen eintritt wie der ursprüngliche Käufer. Es geht also nicht um einen Eingriff in den Markt, sondern darum, den Gemeinden überhaupt eine faire Chance zu geben, aktiv mitzugestalten.

Anderswo erfolgreich umgesetzt

Die Ausgangslage im Kanton Zug ist besonders angespannt. Die Leerwohnungsziffer liegt bei rund 0,3 Prozent und damit deutlich unter dem Wert, der für einen funktionierenden Wohnungsmarkt als notwendig gilt. Gleichzeitig gehört Zug zu den teuersten Wohnorten der Schweiz. Grundstücke werden häufig unter Investoren weiterverkauft, ohne dass Gemeinden davon rechtzeitig erfahren oder eingreifen können. So entstehen vor allem hochpreisige Renditeobjekte, während bezahlbarer

Wohnraum immer seltener wird. Für viele Menschen bedeutet das, dass sie ihre Heimat verlassen müssen, obwohl sie hier arbeiten und zum gesellschaftlichen Leben beitragen. Das Vorkaufsrecht bietet hier eine pragmatische und bewährte Lösung. In anderen Kantonen wie Genf oder



Das Vorkaufsrecht sichert bezahlbaren Wohnraum, fördert Genossenschaften und stoppt Bodenspekulation.

Waadt wird dieses Instrument bereits erfolgreich eingesetzt. Gemeinden können dort gezielt Land erwerben und für den gemeinnützigen Wohnungsbau sichern. Ein zentraler Bestandteil dieses Ansatzes sind Wohnbaugenossenschaften. Diese vermieten ihre Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete und liegen im Durchschnitt deutlich unter den Preisen des freien Marktes. Im Kanton Zug machen solche Wohnungen bisher nur einen sehr kleinen Anteil am Gesamtbestand aus, was zeigt, wie gross das Potenzial in diesem Bereich ist. Mit einem Vorkaufsrecht erhalten Gemeinden die Möglichkeit, strategisch zu handeln. Sie können Bauland sichern, es im Baurecht an

Genossenschaften weitergeben und so langfristig bezahlbaren Wohnraum schaffen. Gleichzeitig wird verhindert, dass Boden ausschliesslich als Spekulationsobjekt genutzt wird. Das Instrument greift nur im konkreten Verkaufsfall und ist administrativ einfach umsetzbar. Die Gemeinde wird informiert und kann innerhalb einer klar definierten Frist entscheiden, ob sie das Grundstück übernehmen möchte. Ein wichtiger Aspekt der Initiative ist die Gemeindeautonomie. Keine Gemeinde wird verpflichtet, das Vorkaufsrecht einzu-

führen. Jede kann selbst entscheiden, ob sie dieses Instrument nutzen will. Damit bleibt die Entscheidung nahe bei den Menschen vor Ort, wo die Auswirkungen der Wohnungsproblematik direkt spürbar sind. Wer die Initiative unterstützen möchte, kann ganz einfach aktiv werden (siehe Kasten). ■

Zuger Vorkaufsrecht

Auf der Website zuger-vorkaufsrecht.ch befinden sich alle Informationen. Der Unterschriftenbogen kann heruntergeladen und unterschrieben werden. Danke für die Unterstützung.

Neutral und nicht egal

Franz Lustenberger, Redaktion BULLETIN

10

Nach der 10-Millionen-Abstimmung steht im September 2026 die nächste Mogelpackung von rechts an. Nach der «Nachhaltigkeit» kommt nun die Verankerung der «Neutralität» an die Urne.

Die Neutralitätsinitiative will, dass die Schweiz die Augen vor der Welt verschliesst: Sanktionen gegen russische Oligarchen oder das iranische Mullah-Regime? Nicht mehr möglich! Soll die Welt brennen, Hauptsache, die Schweiz kann weiterhin mit den Autokraten Geschäfte machen. Diktatoren oder Autokraten sind wichtiger als Völkerrecht und Menschenrechte. Eine aktive Aussenpolitik, welche die Menschenrechte hochhält, wird von den Befürwortern der Initiative permanent kritisiert. Aggressionskriege oder der Bruch des Völkerrechts dürfen für die Schweiz keine Konsequenzen mehr haben.

Bei der konkreten Entscheidungsfindung hilft in diesem Fall, Positionsbezüge von ausserhalb der Schweiz anzuschauen. Sergei Garmonin, Russlands Botschafter in Bern, sieht die Schweizer Neutralität als «Vergangenheit». Die Schweiz sei wegen ihrer Haltung zur russischen Spezialoperation in der Ukraine nicht mehr unparteiisch, sagte er der staatlich gelenkten, russischen Agentur RIA Novosti. «Die Schlussfolgerung ist einfach: Die Schweiz ist weder gerecht noch unparteiisch, und ihre Aussenpolitik ist Russland gegenüber eindeutig unfreundlich», betonte der Botschafter.

Das deckt sich hundertprozentig mit der Argumentation von Pro Schweiz, deren Präsident, der Baarer Stephan Rietiker, sich in Leserbriefen und anderen Verlautbarungen regelmässig rechts positioniert. Die Neutralitätsinitiative will unter anderem, dass die Schweiz auf «nichtmilitärische Zwangsmassnahmen, sprich Sanktionen, gegen kriegführende Staaten verzichtet, ausser diese würden von der UNO beschlossen» – also sicher nicht gegen Grossmächte.

Gegen Reduit-Neutralität

Die Grünen – wie die grosse Mehrheit der Parteien und der Bundesrat – wollen die Augen nicht verschliessen und nicht abseitsstehen. Zentral sind folgende Argumente:

- Wo die Würde und Rechte der Menschen von autokratischen Regimen mit Füssen getreten werden, dürfen wir uns nicht hinter einer faden-scheinigen Neutralität verstecken.
- Eine internationale Ordnung, die auf Regeln und nicht auf Macht beruht, gehört zu den Schweizer Kerninteressen. Wir müssen Frieden, Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts aktiv einfordern.
- Die Schweiz muss eigenständig Sanktionen und weitere Massnahmen gegen Autokratien und andere politische Akteure erlassen und mittragen können. Das Verbot von Sanktionen, auch im Fall schlimmster Völkerrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen kommt nicht nur einer moralischen Bankrotterklärung der Schweiz gleich, sondern schadet auch den aussenpolitischen Interessen und der Sicherheit der Schweiz.

Die Neutralität ist ein Instrument der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Sie trägt zum Frieden und zur Sicherheit in Europa und jenseits der Grenzen Europas bei. In den Schlussdokumenten von Helsinki 1975 verpflichten sich alle europäischen Staaten zur territorialen Integrität aller Staaten, zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, zur Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie zum Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Diesen Grundsätzen ist auch die neutrale Schweiz verpflichtet. Sie darf aufgrund ihrer humanitären Tradition und ihrer demokratischen Tradition nicht schweigen. Wer zu Kriegsver-



Kein Chaos, sondern Zusammenstehen für eine aktive Neutralität.

brechen schweigt, billigt indirekt die Kriegsverbrechen. Das ist der gefährliche Kern der Initiative, die an der Urne im September ein klares Nein verdient. ■

Wiedergeburt der AKWs

Manuela Weichelt, Nationalrätin Alternative – die Grünen

Vor neun Jahren hat die Bevölkerung den Atomausstieg beschlossen. Der Bundesrat will vom Volksentscheid nichts mehr wissen und neue AKW bauen. Der Ständerat unterstützt den AKW-Bau. Manuela Weichelt hält dazu eine Rede in der 3. Woche der Sommersession. Hier die Zusammenfassung.

Wer weiss, wo das kleine weisse Medikamentenpäcklein zu Hause ist, wenn es zu einem Kernkraftunfall kommt? Ist es jederzeit griffbereit?

Bei einem schweren Kernkraftwerksunfall kommen Jodtabletten zum Einsatz. Der Bund schreibt dazu auf seiner Website: «Bei einem AKW-Unfall kann radioaktives Jod freigesetzt werden. Dieses kann sich in der Schilddrüse anreichern und langfristig Schilddrüsenkrebs verursachen. Jodtabletten sollen genau dies verhindern. Sie müssen aber rechtzeitig und zum richtigen Zeitpunkt eingenommen werden.»

Doch eines ist ebenso klar: Jodtabletten schützen lediglich die Schilddrüse vor radioaktivem Jod. Sie schützen weder vor anderen radioaktiven Stoffen noch vor den verheerenden Folgen eines schweren Reaktorunfalls.

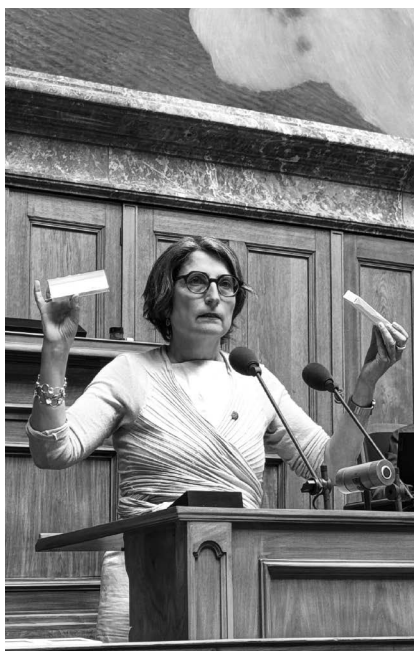
Menschen über 45 Jahren wird die Einnahme von Jodtabletten in der Regel nicht mehr empfohlen. Falls zu Hause keine auffindbar sind, liegt das vielleicht am Alter. Es kann aber auch daran liegen, dass man ausserhalb der Verteilzonen wohnt und darauf angewiesen wäre, dass der Wohnkanton die Tabletten im Ereignisfall rechtzeitig verteilt.

Schon diese Tatsache zeigt: Die Risiken eines schweren AKW-Unfalls lassen sich nicht einfach wegorganisieren. Wir alle hoffen, dass ein solches Szenario nie eintritt. Doch Hoffnung ist keine Energiepolitik.

Reaktorunfälle

Schwere Reaktorunfälle sind in der Vergangenheit häufiger vorgekommen, als viele Prognosen angenommen hatten. Fukushima hat gezeigt, dass auch in einem hochentwickelten

Industrieland ein schwerer Unfall Realität werden kann. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Besetzung des AKW Saporischja haben zudem deutlich gemacht, dass heute Risiken bestehen, die bei der Planung vieler Kernkraftwerke gar nie berücksichtigt wurden.



Manuela Weichelt spricht im Bundeshaus zu den Risiken der Atomkraft. Sie wird dafür gerügt, dass sie die Jodtabletten dem Parlament zeigt.

Folgen für die Schweiz

Die Folgen wären für die Schweiz verheerend. Der Bund selbst geht von möglichen Schäden in der Grössenordnung von mehreren Tausend Milliarden Franken aus. Klar ist: Kein Betreiber, keine Versicherung und letztlich auch kein Staat könnten einen solchen Schaden vollständig tragen.

Weite Teile unseres Landes könnten für lange Zeit unbewohnbar werden. Trinkwasserfassungen könnten ausfallen. Landwirtschaftliche Flächen würden kontaminiert. Ganze Regionen würden ihre wirtschaftliche Grundlage verlieren.

Und genau deshalb ist die Debatte im Bundeshaus keine technische Debatte. Es ist eine Frage der politischen Verantwortung.

Argumente

Die Befürworter:innen des Baus von neuen AKWs sprechen von Versorgungssicherheit. Sie sprechen von Technologieoffenheit. Sie sprechen von neuen Chancen. Sie sprechen aber kaum über die Risiken. Wer neue Atomkraftwerke fordert, muss den Menschen auch ehrlich sagen, welches Restrisiko damit verbunden ist. Wer die Atomenergie wieder salonfähig machen will, darf nicht so tun, als wären Tschernobyl, Fukushima oder die Entwicklungen in Saporischschja blosse Fussnoten der Geschichte.

Denn am Ende gilt: Der Nutzen wird privatisiert, das Risiko trägt die Bevölkerung. Deshalb lehnen die GRÜNEN und die Alternative – die Grünen den Bau von AKWs ab.

Nachdem sich der Bundesrat und das Parlament für die Streichung der Gelder für eine nationale Gesundheitskohortenstudie ausgesprochen haben, werde ich Bundesrat Rösli fragen, ob er bereit sei, sich im Bundesrat und auch öffentlich dafür einzusetzen, dass der Bund unabhängige wissenschaftliche Studien finanziert, welche die Leukämierate bei Kindern im Nahbereich aktiver und stillgelegter Kernanlagen vertieft untersuchen. ■

Eine nützliche Kontrolle

Andreas Weibel, GSoA

12

Mit dem Kahlschlag gegen das Kriegsmaterialgesetz (KMG) würde eine nötige und nützliche Kontrolle abgeschafft. Dieser Text ist die aktualisierte Version eines Artikels in der GSoA-Zitig vom März 2026.

In den Jahren zwischen 2006 und 2016 tauchten Schweizer Waffen in diversen Bürgerkriegen auf: Schweizer Munition und Granatwerfer bei Oppositionsgruppen in Libyen, Schweizer Handgranaten bei islamistischen Rebellen in Syrien, Schweizer Sturm-

sein Kriegsmaterial weitergeliefert wird. Genau diese Nichtwiederausfuhr-Erklärungen würden durch den KMG-Kahlschlag de facto abgeschafft. Schweizer Kriegsmaterial würde sehr schnell wieder in Bürgerkriegsländern auftauchen. Sei es im Sudan,



Schweizer Kriegsmaterial geht heute noch in alle Welt.

gewehre im Irak und im Jemen. Das Kriegsmaterial war ursprünglich von Saudi-Arabien, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten bestellt und danach weitergeliefert geworden.

Nichtwiederausfuhr-Erklärungen

Seit etwa 2020 gab es kaum mehr solche Berichte über Schweizer Waffen, die in falsche Hände gelangt waren. Der Grund dafür ist, dass die Schweiz begonnen hat, in heiklen Ländern Kontrollen vor Ort durchzuführen, um zu überprüfen, ob die Auflagen der Nichtwiederausfuhr-Erklärungen eingehalten werden. Diese Verträge stellen seit Jahrzehnten den Kern der Rüstungsexportkontrolle dar, nicht nur in der Schweiz, sondern auch in allen anderen westlichen Staaten. Mit Hilfe dieses Instruments kann das ursprüngliche Herstellerland die Kontrolle darüber behalten, wohin

im Jemen oder in Libyen. Alles, was es dafür braucht, ist ein Zwischenhändler oder eine Zweigniederlassung in den USA, Grossbritannien, in Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten.



Wirksames Instrument

Falls diese Änderung tatsächlich angenommen würde, gäbe die Schweiz damit schon wenige Jahre nach seiner Einführung ein Instrument auf, das sich als wirksam erwiesen hat. Der

Begriff Nichtwiederausfuhr-Erklärung ist lang und ungenau. Aber wir müssen im Abstimmungskampf dafür sorgen, dass den Stimmbürger:innen bewusst ist, welche Risiken die Schweiz eingehen würde, wenn sie dieses Werkzeug aufgibt. ■

Es geht um Menschenleben

Die Resolution der GSoA-Vollversammlung «Nein zu Krieg, Militarisierung, Aufrüstung» vom 10. Mai 2026 im Kreuz Solothurn hielt zum Kahlschlag beim Kriegsmaterialgesetz folgendes fest: «Auch die Verschärfungen im Kriegsmaterialgesetz (KMG) sind die Folgen eines stark von der GSoA getragenen Volksbegehrens: der Korrektur-Initiative von 2019. Allerdings wollen die Bürgerlichen nicht nur die damaligen Fortschritte rückgängig machen, sondern darüber hinaus Waffenexporte in fast alle Länder ermöglichen. Das in kurzer Zeit zustande gekommene KMG-Referendum bietet uns die Chance, eine internationalistische Anti-Kriegs-Kampagne zu führen. Bei der Frage der Kriegsmaterialexporte geht es um Menschenleben in unzähligen Ländern dieser Welt. Beispielsweise im Sudan, wo die Massensmörder der Rapid Support Forces von den Vereinigten Arabischen Emiraten, einem wichtigen Kunden der Schweizer Kriegsindustrie, ausgerüstet werden. Der Abstimmungskampf gegen Kriegsmaterialexporte passt bestens zu unserer an der letztjährigen Vollversammlung (11. Mai 2025) beschlossenen Ablehnung der bewaffneten Geldsack-Neutralität, wie sie die SVP-Initiative vorschlägt: «Mit deren Ablehnung von Sanktionen soll die Schweiz Geschäfte mit allen treiben können. Mit der Verabsolutierung und Militarisierung der «bewaffneten Neutralität», die erstmals in der Bundesverfassung festgeschrieben wurde, verabschiedet sich die Schweiz politisch und humanitär von der Welt. Statt in die Solidarität soll das Geld gemäss SVP in die Aufrüstung fliessen.»

Gehirn des Krieges

Simeo Betschart, Redaktion BULLETIN

Zug mischt mit im Geschäft mit dem Tod. In Zug wird Überwachungssoftware entwickelt. Alles, was man braucht, um einen Menschen zu lokalisieren und anschliessend zu töten.

Was sich im ersten Moment anhört wie eine Business-Idee, die in einem Coworking-Space um 2 Uhr nachts von einem verzweiferten BWL-Studenten aufgeschrieben worden ist, stellt sich als Geschäftsmodell in unserer Marktwirtschaft dar. Nur damit sich im nächsten Atemzug Politiker*innen selbst auf die Schulter

Gazastreifen. Wo, wenn nicht in Zug, findet man solche BWL-Studenten? Richtig: Die Geschichte startet in Tel Aviv. 2010 gründete Niv Karmi mit zwei Partnern die Spionagefirma NSO, die wegen ihres Pegasus-Überwachungssystems für Aufmerksamkeit sorgte. Pegasus infiziert Smartphones meist völlig unbemerkt, ohne



Das Handy als Zeitbombe im Hosensack.

klopfen können und stolz verkünden, wie wichtig Standortpolitik sei und wie eine brummende Wirtschaft zum Allgemeinwohl beitrage. Welches Allgemeinwohl auch immer die betreffende Unternehmung der Gesellschaft und den Menschen als Mehrwert verkaufen will. Doch was das mit Zug zu tun hat, mag man sich fragen. Ich kenne keine Panzerfirma und auch keine Munitionsfirma, die in Zug produziert. Das ist korrekt. Denn die Sache ist viel perfider, als man denkt. In Zug werden keine Waffen geschmiedet, sondern die Gehirne kreiert, die sie todbringend nutzen: Software, Ortungssysteme, Überwachungssysteme etc. Alles, was man braucht, um einen Menschen zu lokalisieren und anschliessend zu exekutieren. Wie zum Beispiel im

dass das Opfer etwas anklicken muss, und übernimmt die volle Kontrolle. Das Handy wird zur Wanze: Die Software liest Chats mit, aktiviert Kamera sowie Mikrofon und ortet die Nutzer in Echtzeit. Die Folge sind weltweite Menschenrechtsskandale, da autoritäre Regierungen diese Technik missbrauchen, um gezielt angeblich gefährliche Journalist*innen und Aktivist*innen zu überwachen.

Von Tel Aviv nach Zug

Aber Niv Karmi verliess das Unternehmen nach wenigen Monaten wieder. 2015 gründete er das Unternehmen Polus Tech. Und da spannt sich der Bogen von Tel Aviv nach Zug, denn der Sitz seiner neuen Firma liegt bis heute in Zug. Die Firma produziert, wie zuvor bei NSO, in alter Manier

und unter neuem Image Überwachungs- und, nett gesagt, «Sicherheitssoftware». Und wer würde bei einem «nicht» militärischen Techunternehmen einsteigen? Richtig: die IAI, der israelische Rüstungskonzern Israeli Aerospace Industries. Sie hält an Polus eine Minderheitsbeteiligung. Doch damit nicht genug: Das israelische Finanzmagazin Globes berichtet, Polus entwickle einen leistungsstarken Drohnensensor zur Ortung von Mobiltelefonen und verhandle mit dem israelischen Verteidigungsministerium.

Als bei einer Recherche von Zentralplus bei Niv Karmi nachgefragt wurde, wies dieser jegliche Vorwürfe zurück. Auch auf unsere Anfrage wollten sich sowohl Polus Tech als auch die israelische Pressestelle der IDF (Israeli Defence Forces) nicht zum aktuellen Stand der mutmasslichen Verhandlungen äussern. Was trotz der Ungewissheit bleibt, ist eine andere Erkenntnis: die Erkenntnis, dass ein System, in dem Profite mit dem gezielten Töten von ahnungslosen Menschen gemacht werden, nicht tragbar ist. Ein System, in dem der Produktionsgegenstand keine Rolle spielt, solange sich das Investment lohnt. Der Rüstungssektor ist einer der grössten Wirtschaftszweige der Welt, und genau darin zeigt sich der Charakter dieses Systems.

Krieg dem Krieg. Freiheit allen Unterdrückten! ■

13

Der PARK(ing) Day grünt

André Guntern, Präsident Pro Natura Zug

14

Parkplätze dominieren viele Stadt- und Ortszentren. Dass deren Flächen auch anders genutzt werden können, zeigt der PARK(ing) Day jeden September auch in Zug. Dabei wird Unterhaltung mit Information und verkehrspolitischen Forderungen verbunden. 2026 wird der PARK(ing) Day am 19. September auf dem Dreispitzplatz durchgeführt.

Der PARK(ing) Day entstand 2005 in San Francisco als künstlerische Guerillaaktion, um auf den Mangel an öffentlichem Raum für Menschen im Vergleich zu Parkplätzen hinzuweisen. Das kreative Designstudio Rebar verwandelte einen Parkplatz für die Dauer von zwei Stunden in einen klei-

PARK(ing) Day findet in der Regel am dritten Wochenende im September statt.

Wem gehört der öffentliche Raum?

Die Idee des PARK(ing) Day ist so einfach wie genial: Man nehme ein Parkfeld im öffentlichen Strassenraum

Mit dem PARK(ing) Day werden folgende Ziele angestrebt:

- Umwidmung: Parkplätze werden temporär in grüne Oasen, Begegnungsorte oder Kunstwerke verwandelt.
- Kritik am Verkehrsraum: Der Aktionstag dient als Denkanstoss, wie viel öffentlicher Raum für Autos reserviert ist.
- Nachhaltigkeit: Die Installationen sind nicht-kommerziell, kreativ und leicht auf- und abbaubar.

Öffentliche Parkplätze sind Teil des urbanen Raums und gehören somit auch den Bewohner*innen. Der PARK(ing) Day rückt solche Flächen in Städten ins öffentliche Bewusstsein und ruft dazu auf, Parkplätze in temporäre Grünanlagen, Strassencafés oder Konzertplattformen umzuwandeln. Über den Aktionstag hinaus soll erreicht werden, die durch den Autoverkehr belegten Flächen im öffentlichen Raum (also Parkplätze und Strassen) zu reduzieren und dafür mehr Platz für Fussgängerbereiche, Velowege oder Grünflächen zu schaffen.



Weniger Autos – mehr Platz zum Leben. Mit diesem Slogan macht der PARK(ing) Day auf sich aufmerksam. (Bilder: André Guntern und Philipp Kissling).

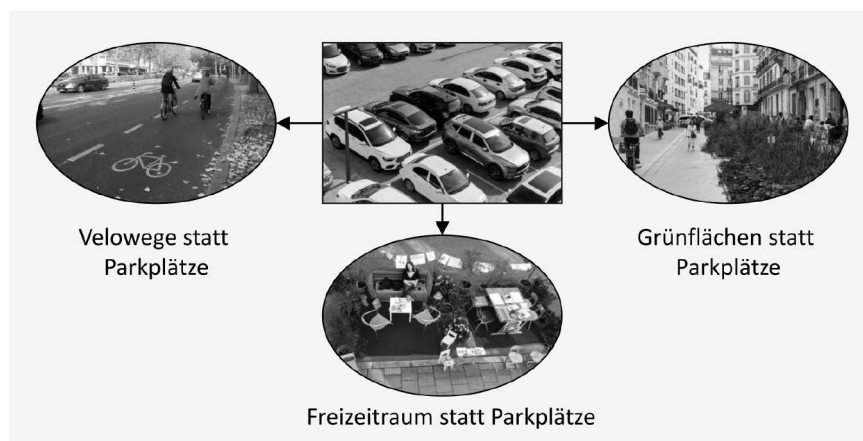
nen Park mit Rollrasen, einem Baum und einer Bank. Anwohner wurden auf die Installation aufmerksam und verbreiteten die Idee im Laufe der Zeit so weit, dass aus der lokalen Kunstinstallation eine weltweite Bewegung entstand.

Jedes Jahr beteiligen sich in vielen Städten der Welt immer mehr Menschen an diesem Aktionstag zur Korrektur des «Parkplatz-Primats» in Innenstädten. 2018 konnte man auf über 160 teilnehmende Städte mit gegen 1000 Parks verweisen. Träger dieser Aktionen sind vor allem die jeweiligen lokalen Initiatoren. Es gibt keine zentrale Organisation. Der

und nutze es für einen Tag um. Anstatt die Fläche mit toter Materie zu besetzen, gehört der Parkplatz für einen Tag den Menschen. Die Aktionen am PARK(ing) Day zeigen, wie stark der öffentliche Raum in unseren Städten durch Autos dominiert wird und wie urbane Räume stattdessen durch Platz für Kunst, Musik und Freizeit lebenswerter genutzt werden können. Für eine andere Nutzung gibt es viele Beispiele, etwa als grüne Oase bzw. Pflanzinsel, als Begegnungs- oder Ruheplatz mit Sitzflächen, als Kinderspielplatz, als Fahrradabstellfläche, für Gastronomie oder kulturelle Anlässe usw.

Zug hat seinen PARK(ing) Day

Seit vielen Jahren wird die Veranstaltung unter der Federführung von umverkehr auch in der Schweiz durchgeführt. Inzwischen werden an 26 Orten mehr als 70 Aktionen organisiert. In Zug gibt es den PARK(ing) Day seit 2021. Andrin Schaubert von Pro Velo hat dazu die Initiative ergriffen und Philipp Kissling vom VCS für eine Mitarbeit gewinnen können. Bei der ersten Durchführung wurden auf dem Dreispitzplatz und dem unteren Postplatz je 12 Parkplätze als Konzertbühne sowie für Sitzgelegenheiten, Pflanzen, Tischtennis, Veloflicken und Infostände genutzt. Aufgrund des grossen organisatorischen Aufwandes für zwei Standorte beschlossen die Organisatoren 2022, sich auf den unteren Postplatz zu beschränken. Dies ermöglichte eine grosszügigere Gestaltung:



Was man nicht alles aus Parkplätzen machen könnte.

Wo sonst Grau und Autos dominieren, geht es jeweils bunt und lebendig zu und her. Mit Informationsständen, Verpflegungsmöglichkeiten, Konzerten und Spielmöglichkeiten wird der Platz in eine kleine Oase verwandelt. Es ist ein farbenfrohes Fest mit guter Musik, feinem Essen und inspirierenden Kontakten. Nebst Interessierten und Mitgliedern der beteiligten Organisationen schauen auch Passanten per Zufall beim PARK(ing) Day vorbei.

Mit der Wahl des unteren Postplatzes war auch eine politische Botschaft verbunden. Im 2008 angenommenen Bebauungsplan war vorgesehen, nördlich der alten Hauptpost ein neues Parkhaus zu bauen und in der Folge auf dem unteren Postplatz die Parkplätze aufzuheben. Mit einer von Gewerbekreisen und bürgerlichen Parteien eingereichten und 2018 angenommenen Volksinitiative wurde dieser Entscheid allerdings wieder umgestossen. Die Initiative verlangte die Beibehaltung der Parkplätze auf dem unteren Postplatz. Seither herrscht beim «Parkplatz-Knatsch» ein rechtliches Patt und nach wie vor politische und juristische Unklarheit.

Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung bezüglich Bewilligung und Organisation der Infrastruktur gestaltete sich in der Regel problemlos. Die Kosten für den Anlass setzen sich aus den Gagen für die Bands, die Nut-

zung der Parkplätze (!) und der Stände zusammen. Ein kleiner Anteil wird durch die Gastronomie erwirtschaftet. Den grössten Anteil der Restkosten von rund 3000 Franken hat bisher der VCS getragen, aber auch Pro Velo hat sich beteiligt.

Grün statt Grau

Im Jahr 2025 hat sich Pro Natura erstmals am PARK(ing) Day beteiligt. Wie kommt eine Naturschutzorganisation dazu, sich an einer grundsätzlich verkehrspolitischen Veranstaltung zu beteiligen? Aufgrund des mit vielen grünen Sträuchern und Sonnenblumen geschmückten Standes braucht es dazu nicht allzu viele Erklärungen:



Die Crew von Pro Natura Zug am Stand (von links nach rechts: André Guntern, Marlies Engler, Marguerite Sutter, Cécile Gurtner, Sebastian Moos).

An der grossen Stellwand wurde anschaulich gezeigt, welche Wirkung mehr Grün im Stadtraum hat, sei es für ein angenehmeres Klima oder für mehr Biodiversität. Verschiedene Beispiele zeigten, wie Asphaltflächen entsiegelt und in biodiverse Oasen oder grüne Freizeitflächen verwandelt wurden. Am Stand konnte man sich von den Pro-Natura-Vorstandsmitgliedern beraten lassen, wie man in der eigenen Umgebung eine versiegelte Fläche in einen Naturgarten umgestalten kann.

2026 – Im Herzen der «Promenade»

Der untere Postplatz bietet zwar genügend Platz, liegt aber direkt an einer stark befahrenen Strasse und auch etwas abseits der viel begangenen Fussgängerwege. Deshalb hat das Projektteam entschieden, den PARK(ing) Day 2026 auf dem Dreispitzplatz durchzuführen. Zwischen Bahnhof und Zentrum sind viele Passanten unterwegs. Zudem ist die Aufenthaltsqualität für Konzerte und Gespräche wesentlich besser. Und schliesslich will man verstärkt für die Vision der «Promenade Zug» Werbung machen. Die «Promenade Zug» ist eine Idee des VCS Zug von 2016, mit der gezeigt wird, wie der Verkehr im Zentrum von Zug auch ohne Stadttunnel reduziert und beruhigt werden kann. Gemäss Philipp Kissling sind die Kernpunkte des Konzepts ein Einbahnregime über Vorstadt und Poststrasse, Aufhebung aller oberirdischen Parkplätze in den kleinen Strassen und Lenkung des Verkehrs in die vielen (oft unternutzten) Parkhäuser. Mit dem neuen Verkehrsregime könnten zwei Drittel der Flächen für den Autoverkehr ohne Kapazitätseinbusse eingespart werden, d.h. von den zu Fuss Gehenden sowie den Velos und Bussen genutzt werden. Durch die Aufhebung von Aussenparkplätzen könnte viel Suchverkehr verhindert und der Raum – ganz nach dem Sinn des PARK(ing) Day – für andere Nutzungen freigegeben werden ■

Faire Flugpreise

Magdalena Erni, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz

16

Ende April hat umverkehR gemeinsam mit einer breiten Allianz die Unterschriftensammlung für die sogenannte Mobilitätsbon-Initiative gestartet. Mit einer Abgabe auf Flugtickets und Privatjets sollen insbesondere reiche Vielflieger zur Kasse gebeten werden, die Einnahmen fliessen in die Förderung des Öffentlichen Verkehrs. Die Initiative leistet damit einen wichtigen Beitrag hin zu einer klimagerechten Mobilität.

Es ist erschreckend: Kein Sektor in der Schweiz ist für mehr Emissionen verantwortlich als der Flugverkehr. Er trägt zu einem Drittel der Klimawirkung der Schweiz bei, unter anderem, weil in der Schweiz doppelt so häufig geflogen wird wie in unseren Nachbarländern. Und obwohl wir uns als Stimmbevölkerung für die Reduktion unserer Emissionen auf null bis 2050 ausgesprochen haben, steigen die Flugpassagierzahlen seit Jahren an – mit einer kurzen Baisse während Corona. Letztes Jahr wurden diesbezüglich sämtliche Rekorde gesprengt, ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt rechnet mit 78 Millionen jährlichen Fluggästen ab der Schweiz im Jahr 2030. Im vergangenen Jahr waren es noch 60 Millionen. Dieses exponentielle Wachstum wollen wir mit der Mobilitätsbon-Initiative ausbremsen.

Ein einleuchtender Mechanismus

Das Begehren fordert die Einführung einer verursachergerechten Abgabe auf Flugtickets und Privatjetstarts. Deren Einnahmen werden einerseits als Mobilitätsbon – einem Gutschein für den lokalen, nationalen oder internationalen Öffentlichen Verkehr – an die Bevölkerung ausbezahlt und andererseits in den Ausbau des internationalen Schienenverkehrs investiert. Die Anfangshöhe der Flugticketabgabe muss gemäss Übergangsbestimmung mindestens 30 Franken pro Ticket betragen, beim Start eines Privatjets liegt sie bei 500 Franken. Im Initiativtext steht jedoch, dass die Abgabenhöhe so bemessen sein muss, dass sie einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Schweizer Klimaziele leistet.

Ausserdem soll sie regelmässig überprüft werden, um zu gewährleisten, dass sie diesen Zweck jederzeit erfüllt. Die Übergangsbestimmung würde nur zum Einsatz kommen, wenn sich das Parlament innert drei Jahren nicht auf eine Umsetzung im Gesetz

fliessen in den Mobilitätsbon, was heruntergebrochen auf die Schweizer Bevölkerung einem jährlichen Gutschein von ungefähr 110 Franken pro Person entspricht.

Klimaschutz, der wirkt

Damit erreichen wir, dass klimaschädliches Reisen nicht länger finanziell attraktiver ist als die umweltfreundlichen Alternativen. Dass dieses Ungleichgewicht heute existiert, liegt hauptsächlich daran, dass Kerosin steuerbefreit ist und auf Flugtickets sowie den Betrieb des Flughafens



Lancierung der Mobilitätsbon-Initiative: Zur Kasse gebeten werden reiche Vielflieger*innen. Die Statistiken zeigen, dass eine Person umso öfter fliegt, je reicher sie ist.

verständigen könnte. Basierend auf Berechnungen zum 2021 abgelehnten CO₂-Gesetz könnten durch unsere Initiative jährlich ganze 1,5 Milliarden Franken eingenommen werden. Maximal 0,5 Milliarden kommen gemäss Initiativtext dem Ausbau und der Subventionierung von Nachtzügen und weiteren internationalen Verbindungen zugute, die restlichen Gelder von mindestens 1 Milliarde

keine Mehrwertsteuer anfällt, während der Schienenverkehr Gebühren für Strom und Trassennutzung bezahlen muss. Doch auch sonst sind die Preise der Flugtickets stark verzerrt, was insbesondere daran liegt, dass der Flugsektor jährlich für externe Kosten in der Höhe von 6,5 Milliarden Franken verantwortlich ist. Darunter fallen beispielsweise Gesundheitskosten aufgrund der Lärmemissionen



UmverkehR will beim Sammeln der 100 000 Unterschriften schnell sein. Wer die Initiative unterstützen will, informiere sich auf www.mobiliaetsbon.ch.

der Flughafenanwohner*innen oder aber auch die Klimafolgeschäden. Für diese Ausgaben kommen wir alle auf via Krankenkassenprämien und Steuern.

Dass der von der Initiative vorgeschlagene Mechanismus extrem effizient ist, um den Flugverkehr einzudämmen, haben in den letzten Jahren zahlreiche Studien belegt. So würde die Anzahl Flugpassagier*innen um 21 Prozent abnehmen, die Emissionen des Flugverkehrs um 16 Prozent. Kaum eine andere Klimaschutzmassnahme ermöglicht es, einfacher solche Mengen an Emissionen einzusparen. Auch aus diesem Grund haben sämtliche Nachbarländer der Schweiz – mit Ausnahme Lichtensteins, da das Land über keinen Flughafen verfügt – bereits Flugticketabgaben eingeführt und damit grösstenteils positive Erfahrungen gemacht. Höchste Zeit, dass die Schweiz nachzieht!

Eine sozial gerechte Vorlage

Hinzu kommt, dass 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung von der Mobilitätsbon-Initiative profitieren. Dies liegt einerseits daran, dass die Höhe der Abgabe verursachergerecht

ausgestaltet werden soll. Wer beispielsweise Business Class fliegt, muss mehr bezahlen, weil da die Emissionen unter anderem aufgrund des grösseren Platzangebotes und der massiveren Sitze höher ausfallen. Gehen wir andererseits davon aus, dass auf einen Kurzstreckenflug in der Economy Class eine Abgabe von 30 Franken fällig wird, kann eine Einzelperson drei Mal das Flugzeug nehmen und dank dem Mobilitätsbon trotzdem netto 20 Franken ausbezahlt erhalten. Zur Kasse gebeten werden also reiche Vielflieger*innen. Denn die Statistiken zeigen schwarz auf weiss: Je reicher eine Person, desto öfter fliegt sie. Gemäss Mikrozensus Mobilität reisen Haushalte der höchsten Einkommensklasse (mehr als 12 000 Franken monatlich) rund fünfmal häufiger mit dem Flugzeug als diejenigen der tiefsten Einkommensklasse.

Aus all diesen Gründen unterstützen auch zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung die Einführung einer Flugticketabgabe. Dies hat eine repräsentative Befragung des Umfrageforschungsinstitutes gfs im vergangenen November ergeben. Über die Hälfte

der Teilnehmenden spricht sich darin gar für eine Abgabe aus, die deutlich mehr als 30 Franken pro Ticket beträgt.

Die Mobilitätsbon-Initiative wurde von umverkehR ausgearbeitet und Ende April 2026 gemeinsam mit einer breiten Allianz bestehend aus Umweltverbänden wie dem WWF, dem VCS oder Greenpeace, zivilgesellschaftlichen Organisationen wie WeCollect oder den KlimaSeniorinnen und Parteien wie den GRÜNEN, der EVP oder den jungen Grünliberalen lanciert. Das Ziel ist, in sechs Monaten die notwendigen 100 000 Unterschriften gesammelt zu haben.



UmverkehR will beim Sammeln der 100 000 Unterschriften schnell sein. Wer die Initiative unterstützen will, informiere sich auf www.mobiliaetsbon.ch.

Mobilitätsbon-Initiative unterstützen

Aktiv werden kann, wer auf der Webseite von umverkehR einen Unterschriftenbogen bestellt und unterschreibt, die Familie und Freunde auf die Initiative aufmerksam macht oder an Sammelaktionen teilnimmt. Mehr Informationen finden Sie unter mobiliaetsbon.ch. Besten Dank für Ihre Unterstützung!

Verweigert!

Magdalena Carlen, Gemeinderätin Alternative – die Grünen Stadt Zug

18

Im November 2021 haben 61 Prozent der Stimmbevölkerung der Pflegeinitiative zugestimmt. Die wichtigsten Teile der Initiative wie sichere Stellenschlüssel, anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen und eine ausreichende Finanzierung sind aber noch immer nicht umgesetzt. Anlässlich des Tages der Arbeit 2026 hielt Magdalena Carlen (Pflegefachfrau) eine Rede. Das BULLETIN fasst zusammen.

Am 28. April 2026 konnte ich mit drei meiner kämpferischen Kolleg*innen im Bundeshaus an der Nationalratsdebatte zur Pflegeinitiative teilnehmen. Manuela Weichelt hatte uns eingeladen. Wir haben uns schon im Voraus auf wenig Erfreuliches eingestellt und ich kann sagen, wir wurden nicht enttäuscht.



Magdalena Carlen während ihrer engagierten Rede am 1. Mai 2026.

Von Sonderbehandlung war die Rede. Von zusätzlichen Kosten, die je nach Redner*in von Millionen bis zu Milliarden reichten. Und unglaublich, aber wahr: Die Pflegeinitiative sei strategisch gut geplant gewesen, nämlich genau in der Covid-Pandemie. Doch die Initiative wurde bereits 2016 lanciert, denn schon da war absehbar, dass der Personalmangel wegen schlechter Arbeitsbedingungen und zu wenig ausgebildeten Personals die Situation im Gesundheitswesen verschärfen wird.

Was wirklich kostet

Was die Kosten betrifft, so kann ich euch sagen, was wirklich teuer ist: Wundliegen, weil zu wenig Zeit für die Kontrolle der Haut bleibt. Stürze, weil keine Zeit für genügend begleitete Bewegung bleibt. Zahnprobleme, weil keine Zeit bleibt, um die Menschen beim Zähneputzen zu unterstützen. Infektionen, die zu spät bemerkt werden. Medikamentenfeh-

keit. Denn diese geht verloren, wenn nur noch die Wunde behandelt, der Körper gewaschen oder die Infusion verabreicht wird, ohne die Zeit für den Menschen zu haben. Monatlich steigen 300 Pflegende aus dem Beruf aus. Wenn diese durch bessere Arbeitsbedingungen wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Beruf bleiben könnten, wäre laut Studie der heutige Bedarf an Pflegepersonal gedeckt. Es fehlen 14000 Pflegende schweizweit – und diese Zahl wird steigen.

Und was macht die Politik?

Die Gesundheitskommission des Parlaments hat den Gesetzesentwurf des Bundesrats zur Umsetzung komplett



Manuela Weichelt (Mitte) und Magdalena Carlen (Zweite von rechts) und drei weitere Gäste, die der Debatte in der Frühlingssession im Bundehaus aufmerksam folgten.

ler, weil der stressige Alltag und die langen Arbeitszeiten die Konzentration beeinträchtigen. Ruhigstellen in Psychiatrien und Todesfälle etc. Die Folgen sind: Spitaleintritte, Rehabilitationen, Operationen, Intensivpflege und zusätzliche Medikamente. Zudem führt die körperliche und psychische Überlastung der Pflegenden – zu Krankheitsausfällen und Burnouts. Die Ausfälle müssen mit teurem Temporärpersonal besetzt werden. Den grössten Preis zahlen wir aber für den Verlust an Menschlich-

ausgehöhlt, indem sie beispielsweise die 45 Stunden Höchstarbeitszeit pro Woche und die Kompensation der Überstunden gestrichen und die Zuschläge für Sonntagsarbeit halbiert hat. Der Entscheid des Nationalrats stellt einen klaren Rückschritt dar. Eine bürgerliche Mehrheit hat die vom Bund vorgeschlagenen zentralen Verbesserungen für das Pflegefachpersonal gestrichen oder deutlich abgeschwächt. Damit wird der Volksentscheid nicht umgesetzt. Der Ständerat wird als nächstes darüber befinden. ■

Grün kann gewinnen

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Wählerinnen und Wähler entscheiden immer weniger aufgrund von umfangreichen Parteiprogrammen. In der Welt der sozialen Medien zählen Clicks, prägnante Slogans oder Auftritte, die sich verfestigen. Es sind letztlich Narrative, böse Zungen reden dann von Klischees.

Die Grünen – das sind doch jene Naturfreunde, die sich vegetarisch oder gar vegan (welch grausiges Essen) ernähren, sich mit bunten Jupes kleiden und mit Birkenstocksandalen durch die Gegend laufen. Diese Klischees gehören der Vergangenheit an, obwohl sie von Politikern aus der rechten Ecke immer wieder aus der Schublade hervorgeholt und manchmal gar von etablierten Medien verbreitet werden. Ersetzt wurden dieses Klischees in den vergangenen Jahren – vor allem seit den Sitzverlusten bei Wahlen – durch ein neues Narrativ, dasjenige des Wahlverlierers. Kürzlich auch in der Zuger Zeitung («Ihre Partei verliert von Wahl zu Wahl») anlässlich der Wahl von Greta Gysin zur neuen Fraktionschefin im Bundeshaus.

Die Realität ist differenzierter, auch wenn der Verlust des Regierungssitzes im Kanton Basel-Landschaft schmerzt:

- Balthasar Glättli wird im März 2026 in die Zürcher Stadtregierung gewählt und erobert so für die Grünen einen dritten Sitz in der Exekutive der grössten Schweizer Stadt.
- Aline Trede verteidigt den Sitz der Grünen im Regierungsrat des Kantons Bern, trotz eines Frontalangriffs der bürgerlichen Parteien.
- In München wird mit Dominik Krause erstmals ein Grüner zum Oberbürgermeister gewählt.
- In Baden-Württemberg sichert Cem Özdemir den Grünen die Spitzenposition und damit das Amt des Ministerpräsidenten.
- Bei den Lokal- und Regionalwahlen in England, Schottland und Wales gewinnen die Grünen massiv Sitze dazu; sie sind damit zu einer echten Alternative zu den traditionellen

Parteien Labour und Tories geworden – und sind langfristig sicher die Alternative zu den rechten Populisten.

Konkret und nah bei den Menschen

Die Wahlerfolge der Grünen haben ganz unterschiedliche Gründe; Wahlerfolge hier können nicht einfach auf eine andere Wahl dort übertragen werden. Aber gewisse Punkte sind allen Wahlen gemeinsam. Die Wahlerfolge führen das hierzulande oft erzählte Narrativ ad absurdum, dass die Grünen eine «Klimapartei» seien, deren Themen heutzutage nicht mehr zuoberst auf der Sorgenliste der Menschen stünden. Klimapolitik – das zeigt die Hitze schon jetzt im Juni – bleibt ein Kernthema der Grünen. Die Zugvögel, die auf ihren Reisen bei mir Halt machen, berichten von den Klimaveränderungen überall auf der Welt.

Der Unterschied zu den Rechtspopulisten könnte nicht grösser sein. Diese setzen auf das Thema Ausländer und Zuwanderung und verkaufen Ausgrenzung als Beitrag zur Nachhaltigkeit. Die Grünen setzen nicht aufs Thema Klima, sie sorgen sich ums Klima im umfassenden Sinn. Sie sorgen sich auch ums Klima des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Konkret: Der soziale Zusammenhalt im Dorf und im Land sind genauso zentral wie die Zusammenarbeit über Grenzen hinaus.

Dominik Krause hat die Wahl zum Oberbürgermeister in München mit dem Thema Wohnen gewonnen. In England haben die Grünen mit den Stichworten Mietendeckel, bezahlbares und verlässliches Gesundheitssystem gepunktet. Ökologie und Sozialpolitik gehen Hand in Hand. Dazu kommt noch ein weiterer Punkt,

nämlich das Vertrauen in die Frauen und Männer, welche auf der Strasse für diese Anliegen eintreten und neue Ideen einbringen. Denn eines zeigt der Blick nach Deutschland und Grossbritannien: Während die traditionellen Parteien zuerst an die Macht und vor allem an den Machterhalt denken, wollen die Grünen die Zukunft gestalten. Nicht die Rechtspopulisten sind die Alternative (wofür eigentlich?), sondern die Alternative sind die Grünen für eine nachhaltige, soziale, solidarische und friedliche Welt. ■

19



Zug kann mehr

Franz Lustenberger, Redaktion BULLETIN

20

Am 4. Oktober 2026 fällt die Entscheidung, am 4. Oktober ist Wahltag für die kantonalen und kommunalen Behörden. Die Alternative – die Grünen ist gerüstet. Gut hundert Frauen und Männer haben den Wahlauftakt vom 12. Juni in der Gewürzmühle in ein Fest voller Zuversicht verwandelt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten, ob schon lange in der Politik oder neu auf einer Liste, sind motiviert; sie wollen ihre Fähigkeiten und Interessen für die Zukunft des Kantons und der Gemeinden einbringen. Cécile

scheidung» in ihrem Leben. In einer Exekutivbehörde wird intensiv über die Sache gerungen. Sie müsse zuerst die Kolleg*innen im Rat überzeugen und später dann die Bevölkerung. «Ich kann etwas verändern», so ihr



Gurtner (Baar) sieht ihr politisches Engagement für die Natur, die in Zug immer mehr unter Druck gerät. Lars Müller (Zug) setzt, als Mitarbeiter der Jugendarbeit Hünenberg, den Akzent auf die Kultur, welche die Menschen voranbringen kann. Frederic Moeri (Cham) kandidiert zum zweiten Mal; der Verkehrsplaner setzt den Schwerpunkt auf eine gleichberechtigte Mobilität für alle. Dominic Zwyssig (Zug) engagiert sich im Kampf gegen Grosskonzerne, die hier in Zug ihren Sitz haben, aber weltweit das Klima gefährden. Sein Fazit, das wohl für alle ALG-Kandidierenden gilt: «Für Verbesserungen braucht es den Druck der Politik.»

Veränderungen sind möglich

Laura Marty-Iten, wieder kandidierende Gemeinderätin in Oberägeri, bezeichnet ihre Kandidatur vor vier Jahren als «beste berufliche Ent-

ein, wo alle Menschen ihre Heimat finden können und auch haben.» Alle Begegnungen in diesem Jahr und auch schon während des Wahlkampfes im letzten Herbst, als es um die Ersatzwahl für den freiwerdenden Sitz von Bundesrat Martin Pfister ging, haben gezeigt: Die Wohnungsnot und der fehlende bezahlbare Wohnraum sind die grösste Sorge der Zuger*innen. Andreas Lustenberger berichtet von einer Familie – sie in einem Pflegeberuf, er Logistiker – mit zwei Kindern in einer 3-Zimmer-Wohnung: Die Familie müsste eigentlich eine grössere Wohnung beziehen können. Deshalb ziehen immer mehr Zuger Familien oder auch junge Menschen weg, etwa nach Sins, wo es bereit einen «Zuger Hügel» gibt.

Verantwortung übernehmen

Vor den gut hundert Mitgliedern, Kandidat*innen, Sympis und weiteren Unterstützer*innen zeigte sich Andreas Lustenberger sehr motiviert. «Ich bin bereit, Verantwortung zu übernehmen». Und zwar für alle Menschen im Kanton, ob auf der

Fazit. Dies betonte auch Nationalrätin Manuela Weichelt, die als erste grüne Frau während dreier Legislaturen dem Regierungsrat angehört hatte: Es mache einen Unterschied, ob die Regierung rein bürgerlich zusammengesetzt sei oder ob eine alternative Stimme mitreden und mitbestimmen könne. Politik sei nicht abgehoben und weit weg vom Alltag der Menschen. Manuela Weichelt: «Politik gibt Antworten auf die Fragen der Menschen.» Und sie kann gestalten: Die ALG will nicht verwalten, sie ist die Kraft für den Fortschritt.

«Zieh mit, nicht weg»

Der Slogan für die Wahlkampagne drückt aus, welchen Schwerpunkt die Kandidatinnen und Kandidaten der ALG setzen werden. Andreas Lustenberger, Regierungsratskandidat, drückt es so aus: «Ich setze mich für einen lebenswerten Kanton Zug





Schatten- oder der Sonnenseite des Wohlstands: «Mir sind die Menschen im Kanton nicht egal.» Und er erinnerte nochmals an ein Gespräch mit einer Frau vor dem Einkaufsladen. Diese wolle nicht bei jedem Einkauf rechnen müssen.

Zug kann mehr als Geld verteilen, und das erst noch ungleich. «Wir können das ändern», betonte Parteipräsident Luzian Franzini. Er rief alle dazu auf, mit den Menschen zu reden, bei jeder Gelegenheit. Denn am Schluss entscheiden nicht die Wahlkampfbudgets und die teuren Inseratenflächen in den Zeitungen. Sondern die Kontakte auf der Strasse. ■

21



Es sind Menschen!

Sarah Meienberger

22

Der folgende Text wurde als Rede in einer ausführlicheren Version am Flüchtlingstag (20. Juni 2026) von Sarah Meienberger gehalten. Das BULLETIN druckt den Text in einer gekürzten Form ab.

Vor 11 Jahren habe ich Reza und Nedal kennengelernt. Nedal, ein palästinensischer Schüler aus Syrien, und Reza, ein afghanischer Kameramann. Seit diesem Tag helfe ich Geflüchteten. Früher als Aktivistin, heute als Lehrerin und als Politikerin. Warum mache ich Politik? Weil ich gemerkt habe: Wir müssen die Gesetze ändern! Aber



Shafiqullah Amini, damals 15 Jahre alt, 6 Monate UMA-Klasse, 2 Jahre IBA, Lehrstelle ab Sommer 2026.

als Politikerin muss ich auch ehrlich sein: Die offizielle Politik im Kanton Zug sieht diese Vielfalt an Menschen oft nur als Problem oder als Last. Das ist falsch. Sie sind keine Last. Sie sind eine Chance!

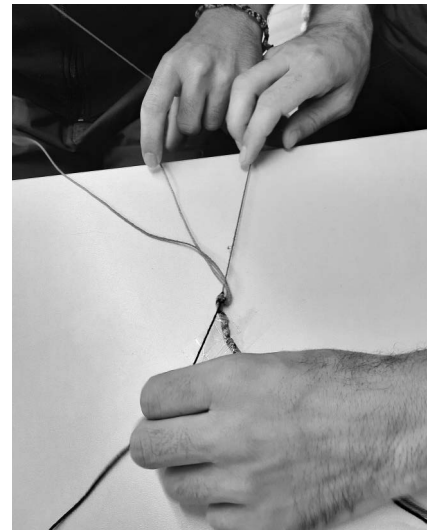
Hier zwei Beispiele: Reza hat seine Frau und Tochter verlassen. Die Taliban haben seine Familie bedroht. Reza hat in nur zwei Jahren das C1-Sprachdiplom geschafft und nochmals Film studiert. Nedal wurde gefoltert. Er sollte ins Militär. Er demonstrierte für Freiheit. Nedal ist heute Profitänzer. Aber ihr Weg in der Schweiz war ein schwerer Kampf gegen die Bürokratie.

Asyl als Glücksspiel

Hängt die Zukunft eines Menschen wirklich vom Zufall ab? In welches Land komme ich? In welchen Kanton? Wer prüft meinen Antrag beim SEM (Staatssekretariat für Migration)? Wie lange muss ich warten? Wie nett ist mein Sozialarbeiter? Hängt meine Zukunft davon ab, ob ein Beamter eine Ausnahme macht? Wenn Integration nur vom Glück abhängt, dann funktioniert das System nicht. Chancen für Geflüchtete dürfen kein Glücksspiel sein. Sie sind eine politische Pflicht! Vor drei Jahren wurde die Unterkunft Sennhütte (Zugerberg) geöffnet. Nach zwei Monaten waren alle 30 Plätze voll. Die Jugendlichen kamen zu mir in den Deutschkurs für UMA (unbegleitete Minderjährige). Eine sogenannte «Integrationsklasse» gab es nicht. Und sowieso waren die meisten zu «alt» für die obligatorische Schule. Der Kanton hat damals entschieden, dass man diese Jugendlichen nicht an der öffentlichen Schule aufnimmt und Alphabetisierung nicht seine Aufgabe sei. Mein jüngster Schüler war 12 Jahre alt. Er besuchte danach den A1 Kurs für Erwachsene.

Erschwernisse

Die Politik in Zug macht es den Menschen sehr schwer. Das IBA (Integrations-Brücken-Angebot) und das IBA20+ sind die einzigen zwei Angebote im Kanton Zug, die bei der Arbeitssuche helfen. Wer das B1-Sprachdiplom nicht schnell genug schafft, fliegt raus. Oder er wird gar nicht erst aufgenommen. Egal wie fleissig deine Hände sind: Ohne das perfekte Diplom bekommst du keine Unterstützung. Ich denke an einen Afghanen. Er hat das Sprachdiplom nie geschafft. Aber er hat nicht aufgegeben. Er hat sich selbst Arbeit gesucht. Er hat einmal hier und einmal dort gearbeitet.



In der Schule werden nicht nur Freundschaftsbündeli, sondern auch Freundschaften fürs Leben geknüpft.



Sprachunterricht – ganz praktisch.

Noch schlimmer ist es beim N-Status. Menschen mit N-Status dürfen fast nie arbeiten. Nur ganz wenige bekommen eine Erlaubnis – im Kanton Zug sind es nur 6,4 Prozent. Manche Menschen warten zehn Jahre auf einen Asylentscheid. Das System ist langsam. Man wartet. Das ist verlorene Zeit.

Und diese Zeit verlieren wir alle, auch unsere Wirtschaft! Ich kenne eine junge Frau, 29 Jahre alt. Sie hat in sehr kurzer Zeit das B2-Sprachdiplom geschafft. Sie ist jetzt vier Jahre hier. Wegen ihrem N-Status darf sie nicht weiter Deutsch lernen. Das IBA20+ nicht besuchen. Sie bekommt keine Hilfe bei der Berufswahl. Und trotzdem hat sie ganz allein eine Lehrstelle gefunden! Ihr Arbeitgeber hat einen Antrag geschrieben. Der Kanton hat den Antrag abgelehnt. Sie hat eine neue Lehrstelle gesucht. Der Kanton hat wieder «Nein» gesagt. Diese Frau hat eine unglaubliche Kraft. Sie kämpft für sich und für ihre kleine Tochter. Wie lange hat sie noch Kraft? Warum verbietet die Politik Menschen zu arbeiten, die fleissig sein wollen? Kürzlich waren im Kanton Zug noch mehr als 300 Lehrstellen offen!

Realität im Schulzimmer

Wenn ich morgens in mein Schulzimmer komme, sehe ich die Folgen dieser harten Politik. Ich sehe Gesichter, die müde sind. Traurig. Krank. Ich habe um Mitternacht ein Foto bekommen: Ein Schüler hat sich die Arme aufgeschnitten. In Afghanistan gab es ein Erdbeben, 30 Familienmitglieder sind gestorben. Mein bester Schüler, er ist erst 16 Jahre alt, fehlt heute. Er hat einen negativen Entscheid bekommen. Jetzt ist er wieder auf der Flucht in ein anderes Land. Sein Platz bleibt leer. Ein anderer Schüler ist in der Psychiatrie. Er hat über ein Jahr auf einen Platz gewartet. Er hat mir schon oft gesagt, dass er nicht mehr leben will. Letzte Woche hat sich ein Schutzsuchender in der Unterkunft beim alten Kantonsspital in Zug das Leben genommen. Der psychische Druck war einfach zu gross. Das macht mich traurig. Doch ausgerechnet meine Schüler/innen bringen mich wieder zum Lachen. Wenn wir im Schulzimmer einen Geburtstag mit einem 3-Franken-Kuchen feiern. Wenn mir ein Schüler einen Tee auf den Tisch stellt oder ein anderer mir einen Stuhl holt.



Das alte Kantonsspital dient als kantonale Asylunterkunft. Die dreistöckige Container-Siedlung wurde als temporäre Erweiterung gebaut.

Nur Zahlen?

Weltweit sind über 117 Millionen Menschen auf der Flucht. Fast die Hälfte davon sind Kinder. In der Schweiz gab es letztes Jahr 25 000 Asylgesuche. Und hier bei uns im Kanton Zug leben aktuell genau 2399 betroffene Personen. 713 davon in der Stadt Zug.

Und wo wohnen die Menschen, deren Flucht sie in den Kanton Zug geführt hat? 1700 Menschen leben in einem Asylheim, weil es auf dem Zuger Wohnungsmarkt keinen Platz gibt. Sie bekommen 420 Franken im Monat. Und sie teilen sich ein kleines Zimmer von 15 Quadratmetern mit drei fremden Personen. Das ist die Realität im reichen Kanton Zug. «Such dir eine Wohnung für 400 Franken», heisst es. Für die rechts-konservativen Politiker sind sie eine anonyme Zahl in einer Statistik. Für mich und viele Anwesenden am Schweizerischen Flüchtlingstag sind sie Menschen. Menschen mit Namen, mit Geschichten und mit einer unglaublichen Kraft. Und eure Kraft ist der Grund, warum wir nicht aufgeben. Warum wir weiterkämpfen für ein gerechtes und menschliches Zug.

Danke an alle, die sich engagieren

Wir müssen aufhören, das Leben von euch geflüchteten Menschen extra schwer zu machen. Wir müssen aufhören, euch Steine in den Weg zu legen. Wir müssen aufhören, immer nur das Schlechte zu denken und nur nach Fehlern zu suchen. Wir müssen menschenwürdige Verhältnisse schaffen. Ich möchte von ganzem Herzen allen Menschen danken, die Geflüchtete unterstützen. Danke für die freiwillige Arbeit in vielen Projekten wie Konversationstreffs, Kochevents, Nähateliers, Sportkursen usw. Damit bietet ihr einen Ort der Ruhe, Wärme und Sicherheit! Das ist so viel mehr als eure Zeit. Danke an alle Lehrpersonen, Kursleitenden für ihren Einsatz, der oft über die Unterrichtszeit hinausgeht. Danke an die Kirche, für die ökumenische Arbeit! Danke an alle Betriebe, die Geflüchteten als Arbeitskräfte und Lernende eine Chance geben und so in die Zukunft investieren. Danke an alle Vermieter/innen, die Geflüchteten eine Wohnung vermieten. Ihr gebt den Geflüchteten ihre Würde zurück. Wir sind heute hier, um die Welt zu verbinden. Wir denken an die Menschen auf der Flucht. ■

Ohnmacht wird Kunst

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

24

Kunststoffe gehören nicht in die Umwelt. Dennoch gelangen in der Schweiz jedes Jahr rund 14 000 Tonnen Kunststoffe in die Böden und Gewässer – hauptsächlich durch den Pneumabrieb und die Zersetzung von Kunststoffprodukten sowie durch die unsachgemässe Entsorgung von Kunststoffabfällen. Etwa 75 Prozent des gesamten Meeressmülls bestehen aus Kunststoffen. Die Baarer Künstlerin Silvia Feusi Bopp hat ihre Ohnmacht im Zusammenhang mit dem Thema in mehreren Fotografien festgehalten. Sie hat zwei Bilder dem BULLETIN zur Verfügung gestellt.



Weitere Informationen zum Thema

Basierend auf verfügbaren Daten aus Studien für die Schweiz schätzt das Bundesamt für Umwelt (BAFU), dass jährlich rund 14 000 Tonnen Makro- und Mikroplastik in unsere Böden, Oberflächengewässer und deren Sedimente eingetragen werden. Der Grossteil dieses Kunststoffeintrages stammt aus Reifenabrieb (rund 8 900 Tonnen) gefolgt von Littering (rund 2 700 Tonnen) und zahlreichen weiteren Quellen. Weiter Informationen findet man hier:



oceancare.org/stoppe-die-plastikflut



wwf.ch/de/unsere-ziele/verschmutzung-der-meere



greenpeace.ch/de/handeln/fuer-eine-plastikfreie-zukunft/informiere-dich-ueber-plastikverschmutzung



Die 10-Millionen-Initiative hat die Leserbriefseiten über Wochen gefüllt. Aufgefallen sind auch ehemalige Politiker*innen der FDP und der Mitte, die sich für die Initiative aussprachen. Sie sind nicht das fünfte Rad am SVP-Wagen; sie haben bereits auf den Rücksitzen des rechten Wagens Platz genommen. ■

In Illustrationen in der Kampagne für das verschärfte Zivildienstgesetz waren kaum Soldaten im militärischen Kampf zu sehen. Vielmehr sah man auf den Fotos der Kampagne vor allem Armeeangehörige in zivilen Einsätzen. Man könnte meinen, sie würden gar nicht Militärdienst leisten. Sondern Zivildienst. ■

Warum sollen wir den Zivildienst weniger attraktiv machen? Ist es ein Problem, wenn jedes Jahr bis zu 7000 junge Männer Senioren pflegen, Heu an Berghängen einholen oder Kleinkinder betreuen, statt in die Uniform zu steigen und ein Sturmgewehr zu tragen? Ein Problem könnte das nur sein, wenn diese jungen Männer in der Armee fehlen würden. Die Schweizer Armee ist aber nicht zu klein, sondern zu gross. Gemäss Verordnung über die Organisation der Armee darf der Bestand der Schweizer Armee 140 000 Personen nicht übersteigen. Was nun? Das Parlament beschloss im Dezember 2025, diese

Maximalzahl in der Verordnung ersatzlos zu streichen. Alles klar? ■

Ein Picknick-Verbot im Villettepark sorgt in Cham für rote Köpfe. Viele reagieren auf Facebook überrascht – dabei gilt die Regel laut Gemeinde schon seit Jahren. Baden verboten, Grillieren verboten, Sonnenliegen verboten: Wer den Villettepark in Cham besucht, wird gleich am Eingang mit einer ganzen Reihe roter Verbotsschilder empfangen. Besonders eines sorgt nun für Diskussionen: Im Park darf offenbar auch nicht gepicknickt werden. Ja tatsächlich, es darf auch Liegenschaften geben, die anderen Menschen mit anderen Bedürfnissen einen «ruhigen» Park anbieten, insbesondere wenn – wie in Cham – ein Park mit wesentlich weniger Regeln und Einschränkungen gleich nebenan liegt. Wo ist das Problem? ■

Im April hat Christoph Blocher seine 22 Gratiszeitungen an die IMG verkauft, zu der auch das Portal nau.ch gehört. «Mich braucht es nicht mehr», sagte er anlässlich der Medienkonferenz zum Verkauf. Nicht nur die Anhänger*innen der SVP vermissen seine wöchentliche Kolumne in der Zuger Woche. Auch wir vom BULLETIN sind etwas traurig, denn die Positionen von rechts haben uns immer auch herausgefordert und zum

Widerspruch angeregt. So bleibt das BULLETIN das einzige Blatt im Raum Zug mit einem klaren Profil. ■

Nachhaltigkeit ist das Prinzip, bestehende Ressourcen im Interesse der nachfolgenden Generationen zu nutzen, sozial und ökologisch. Noch nie wurde der Begriff derart missbraucht, wie es die SVP mit ihrer 10-Millionen-Initiative tat, die einzig und allein auf die ausländische Bevölkerung abzielte. Die SVP Baar sagt Nein zu einem Versuchsbetrieb für einen Ortsbus, der weitere Gebiete mit dem nachhaltigen ÖV verbinden will. Nachhaltigkeit ja, aber es muss gegen Ausländer gehen? ■

Die Schweiz sieht israelischer Siedlergewalt tatenlos zu! Nachdem die EU-Aussenminister Sanktionen gegen gewalttätige Siedler im Westjordanland verhängt haben, stellt sich die Frage: Was tut die Schweiz? Der Internationale Gerichtshof hatte 2024 festgehalten, dass Israels Besatzung und Besiedlung des Westjordanlands gegen internationales Recht verstosse, den Palästinenserinnen das Recht auf Selbstbestimmung raube und Drittstaaten verpflichtet seien, aktiv zur Durchsetzung des internationalen Rechts beizutragen. Diese Verpflichtung habe auch die Schweiz, die sich den Sanktionen anschliessen könnte. Mit der Schweiz bleibt ausgerechnet der

Depositärstaat der Genfer Konventionen abseits, die die Besiedlung besetzter Gebiete untersagen. ■

Der Bundesrat verschiebt erwartete Abstimmungen. War da Druck von Strategen im Spiel? Gibt es da eine Rüstungslobby, welche einen «günstigeren» Termin vorschlug? Ist das ein Pendant zum Umgang mit verlorenen Abstimmungen (Verzicht auf neue AKWs), wo nach unanständig kurzer Zeit das Thema wieder diskutiert wird, wie wenn die Stimmberechtigten nicht klar NEIN zu neuen Atommeilern gesagt hätten? ■



26

HANAMI

Montag, 13. Juli 2026
20 Uhr
Kino SEEHOF

Ein verlassenes Fischerhaus, hoch oben auf einer Klippe, zärtlich verwobene Hände eines Liebespaares: Hanami berührt, von der ersten Minute an. Ein poetischer Film mit dokumentarischem Charakter, gedreht auf einer kapverdischen Vulkaninsel, wo die kleine Nana bei ihrer Grossmutter aufwächst. Ihre Mutter migrierte kurz nach ihrer Geburt, wie so viele Bewohner der Insel. Die Zurückgebliebenen sehnen sich nach der Ferne und nach den Gegangenen, wie die kleinen Meereschildkröten, die vom Strand ins Meer wandern. Ein Film, der Realitäten zeigt und Raum zum Träumen lässt, wunderbar umgesetzt von Denise Fernandes, die familiäre Wurzeln in Kap Verde hat. Locarno Filmfestival 2024: bestes Erstlingswerk, beste Nachwuchsregie. Nach dem Film Gespräch mit der Editorin Selin Dettwiler.

**WALTER LIETHA – Drum sing i grad drum**

Montag, 14. Sept. 2026
20 Uhr
Kino Gotthard

Walter Lietha zählte in den 1970er-Jahren zu den grossen Namen der Schweizer Musikszene. Als Bündner Mundartsänger griff er in seinen Liedern den Zeitgeist auf und bewies, wie auch Mani Matter, dass Dialekt tiefgründig, politisch und poetisch sein kann. Die Stimme einer ganzen Generation verschwand anfangs der 80er-Jahre, zur Zeit der Jugendunruhen, von der Bühne. Was ist aus Walter Lietha

geworden? Stefan Haupt zeichnet den Werdegang des eigenwilligen Bardens nach, der 2025 mit dem Bündner Kulturpreis ausgezeichnet und am Musikfestival «Alpentöne» mit einem Konzert geehrt wurde. Der Film nimmt mit auf eine Schweizer Zeitreise, die das Herz berührt. Weitere Mitwirkende: Stephan Eicher, Sophie Hunger, Corin Curschellas, Max Lässer, Bruno Spoerri, Michael von der Heide. Nach dem Film Gespräch mit Stefan Haupt und Walter Lietha.



9. September 2026
Monatsbar September
18:30 – 21:30
Siehbachsaal
Chamerstrasse 33, Zug

13. September 2026
Sponsoring-Lauf Wahlen 2026
Festbeizli und Musik
Kuchen und Kaffee
15:00 bis ca. 18:00

Tagesaktuelle Übersicht der Veranstaltungen finden Sie unter: gruene-zug.ch

Elke Mangelsdorff, FLIZ, FilmLiebhaberInnen Zug



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
+41 79 519 81 91
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Alternative – die Grünen Baar

Simon Uster
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham

Anne Hänel und Frederic Moeri
mail@alternative-cham.ch

Grüne Hünenberg

Co-Präsidium: Rita Hofer und Alexia Renner
info@gruene-huenenberg.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Erwina Winiger
erwiniger@bluewin.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

Co-Präsidium:
Konradin Franzini und Patricia Gasser
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Beat Ryser
beatryser@yahoo.com

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug

Linus Heim
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



@AlternativeZG



Instagram
@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autor*innen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen

BULLETIN Nr. 2, Juni 2026
Erscheint viermal jährlich

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Simeo Betschart, Natalie Chiodi, Antonia Durisch, Hansruedi Küttel, Franz Lustenberger

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Korrektur:
Berty Zeiter

Fotos: Paula Gisler

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM, 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 600 Ex.

Abonnement: Fr. 30.–
Kleinverdiener*innen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 55.–
Mitglieder der Jungen Grünen erhalten das BULLETIN gratis
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN
6304 Zug
CH94 0900 0000 6003 0584 6

Redaktionsschluss
Nr. 3/2026
Freitag, 14. Aug. 2026

Erscheinungsdatum
Samstag, 9. Sept. 2026

DAS BULLETIN
gruene-zug.ch/publikationen/bulletin

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

